

# Fracking ist noch nicht vom Tisch

- Erdgas Lobbyisten beauftragen Forsa Institut mit unseriöser Telefonumfrage
- Affront: Rot-Grün lädt Bürgerinitiativen aus

Um das politische Fundament für das Thema Fracking angesichts einer sehr kritischen Öffentlichkeit zu schaffen, beschreiten die Erdgas-Lobbyisten immer seltsamere Wege. Jüngster Höhepunkt war eine telefonische Umfrage des bekannten Forsa-Instituts zum Thema, von der auch mehrere Wagenfelder Bürgerinnen und Bürger betroffen waren. Nur zu dumm, dass dafür ausgerechnet auch ein Mitglied des Aktionsbündnisses No Moor Fracking angerufen wurde, das recht schnell merkte, wohin der Hase lief: Nach ein paar unverfänglichen statistischen Fragen kam eine „intelligent“ aufgebaute Abfolge von Fragen nach „heimischer Förderung“ und „hohen Förderabgaben“ und der erstaunte Bürger konnte wählen, für welche gemeinnützigen Projekte die Förderabgaben seiner Meinung nach Verwendung finden sollten. Immer, wenn die Fragen brenzlich wurden, waren feste, ausschließlich erdgasfreundliche Antwortmöglichkeiten vorgegeben.

Unser erstauntes Mitglied wendete sich danach direkt an das Forsa Institut, um den Auftraggeber der Umfrage zu erfahren. Nachdem die zuständige Mitarbeiterin angeblich über mehrere Tage nicht erreichbar war, hatte unser hartnäckiges Mitglied letztlich doch Erfolg: Es bekam von der zuständigen Frau keine Antwort, was in diesem Falle eine sehr präzise Antwort ist! Es sei eine „Niedersachsen-Umfrage“ war die einzige Auskunft, die gegeben werden durfte. Und dann wurde doch viel sagend und erklärend hinzugefügt, dass oftmals mehrere Auftraggeber hinter solchen Umfragen stecken, z. B. Politik und Wirtschaft. Das Aktionsbündnis kann daraus nur schließen: Zum guten Ton gehört es, dass in einer seriösen Umfrage der Auftraggeber genannt wird. Allein die Tatsache, dass der oder die Auftraggeber aktiv verheimlicht werden, zeigt, dass hier Hinterlistiges im Schilde geführt wird. Sehr wahrscheinlich scheint dem Aktionsbündnis eine Auftraggeber Kombination von Landesregierung (z. B. dem Wirtschaftsministerium von Olaf Lies) und den Erdgaskonzernen bzw. deren Verbänden: Die Industrie liefert der Politik also abgestimmte, kostenlose „Marktforschung“ frei Haus, um ihre Ziele zu befördern.

**Letzte Meldung:** Was die Wintershall aus den Ergebnissen dieser Umfrage gemacht hat, ist auf der Homepage [www.rohstoffwelt.de](http://www.rohstoffwelt.de) unter den „News“ nachzulesen: Aus den Anrufen bei ein paar Niedersachsen (vor allem älteren Mitbürgern) wurde „hochgerechnet“, dass „83% der Deutschen“ fest an die Zukunft fossiler Energieträger glauben und mehrheitlich die heimische

Förderung unterstützen. Die (längst nicht mehr aktuellen) 600 Mio. Euro jährlicher Förderabgabe in Niedersachsen wollen die Bürger in Bildung und Forschung investieren. Primitiver geht es kaum.

Hier passt ins Bild, das Wirtschaftsminister Olaf Lies auf dem 60. Geburtstag der Wintershall sich sogar dem Fracking im Schiefergestein (Wagenfeld!) nicht verschloss und zudem mit veralteten, stark überhöht angesetzten Förderabgaben in Niedersachsen Werbung für die Erdgasförderung machte.

Wie gewaltig im Hintergrund der Einsatz der Lobbyisten läuft, lässt sich auch am neuen Koalitionsvertrag ablesen. Die Vereinbarungen zum Thema Fracking, die zunächst als Moratorium (= vorläufiges Verbot) durch die Medien gingen, wurden auf der Zielgerade noch so stark aufgeweicht, dass letztlich doch alles gemacht werden kann, ohne dass jemand Gesichtsverlust erleidet. Das niedersächsische Wirtschaftsministerium unter Olaf Lies geht noch einen Schritt weiter und schließt selbst das Thema Schiefergas nicht mehr aus. Und der grüne Umweltminister Wenzel steht – wie ein Schuljunge – wort- und tatenlos daneben!

Weiterhin passt ins Bild, dass Deutschland als eines der wenigen Länder ein internationales Abkommen gegen die Bestechung von Parlamentariern nicht unterzeichnet hat. Das kritisieren inzwischen sogar Teile der Wirtschaft, die einen Imageschaden für Deutschland befürchten.

Höhepunkt der seltsamen Vorgehensweise der rot-grünen Koalition in Niedersachsen ist die Tatsache, dass von den im Niedersächsischen Umweltministerium derzeit geführten Fachgesprächen zum Thema Fracking jüngst die Vertreter der Bürgerinitiativen ausgeschlossen wurden. Was Politik und Wirtschaft zunächst als kluges Feigenblatt ersonnen hatten, ging als Schuss nach hinten los: Zu den Gesprächen tauchten keine wilden Aktivisten auf, die sich in großer Runde von Herren im feinen Zwirn nichts zu sagen trauten, sondern es kamen bestens informierte Bürger, die mit ihrem fundierten Wissen – auch um Sünden der Vergangenheit – die Verbandsvertreter der Energiekonzerne und die Mitarbeiter des Bergamtes in sichtliche Erklärungsnöte brachten. Im Laufe der Diskussion kam sogar ans Tageslicht, dass in der Vergangenheit für Fracks nicht registrierte Chemikalien eingesetzt wurden – ein Umstand, der möglicherweise Straftatbestände erfüllen könnte. Da wurde es der Behörde zu heiß (Der grüne Umweltminister verließ ohnehin

vor Beginn der kritischen Diskussion regelmäßig den Saal)! Zum 3. Fachgespräch wurden nun die Bürgerinitiativen vom Dialogprozess kurzerhand ausgeladen: „Man müsse Verständnis dafür haben, dass die Behörde auch einmal intern (nur mit der Wirtschaft!) diskutieren müsse.“, hieß es auf Nachfrage am Telefon.

Wir alle schätzen uns froh und glücklich, dass wir in einem Land wie Deutschland leben dürfen. Genau deshalb streitet das Aktionsbündnis No Moor Fracking auch dafür, dass den „Anfängen der Bananerepublik“ die Stirn geboten wird. Lag der „schwarze Peter“ zum letzten Weihnachtsfest noch bei der niedersächsischen FDP, der eine zu große Nähe zu Spezialinteressen von Konzernen unterstellt wurde, muss nun leider festgestellt werden, dass es unter Rot-Grün nicht nennenswert anders läuft.

## Letzte Meldung: Gasspeicher Rehden jetzt bei Gazprom!

„Die EU-Kommission hat der vollständigen Übernahme der deutschen Erdgaslieferanten Wingas und WIEH durch das russische Unternehmen Gazprom zugestimmt. Das teilte die Brüsseler Behörde am Mittwoch mit. Die Firmen mit Sitzen in Kassel und Berlin sind bereits jetzt teilweise im Besitz von Gazprom. Bei den beiden Unternehmen WINZ und Wintershall Services darf Gazprom sich einkaufen...“ (Handelsblatt vom 4.12.2013)

Soviel zu „Unabhängigkeit von Russland“ und „heimischer Förderung“. Wenn deutschen Politikern und deutschen Konzernen wirklich an Unabhängigkeit gelegen wäre, würde man nicht dass Erdgas-Speicher- und Handelsgeschäft in die Hände der Russen legen. Das Heimat-Argument in Verbindung mit Fracking appelliert lediglich an niedere Instinkte in der Bevölkerung, wird aber von den Konzernen selber nicht gelebt (Steuern führt die BASF als Mutter der Wintershall laut „Spiegel“ ohnehin lieber im günstigen Belgien ab). Die Konzerne sollten sich wenigstens – was ja nicht verwerflich ist – zu ihrem betriebswirtschaftlichen Interesse bekennen und sich nicht hinter pseudo-volkswirtschaftlichen Schein-Argumenten verstecken.

**Das Aktionsbündnis wünscht allen Mitstreitern und Querdenkern frohe Weihnachten!**

**Aktionsbündnis No Moor Fracking**

[www.no-moor-fracking.de](http://www.no-moor-fracking.de)

